

## Unbeirrt

Grüne und SPD gehen unbeirrt den Weg in Koalitionsverhandlungen mit der Linken. Auf allen Fotos ist in den Gesichtern der drei Hauptprotagonisten **Elif Eralp**, **Werner Graf** und **Steffen Krach** abzulesen, wie es ihnen dabei geht. Man kann über Frau Eralp sagen, was man will, ein fröhliches und durchaus sympathisches Lacalut-Lächeln hat sie drauf. Das Lächeln von Herrn Graf ist zwei Grad darunter, und was Herrn Krach anbelangt, darf die Frage erlaubt sein, welches Lächeln? Krach sieht eher ein wenig gequält aus, was die Stimmung in seiner Partei widerspiegelt.

Der Landesvorstand der SPD trat digital zusammen und stimmte mit 26 zu 3 für die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen. Die Grünen hielten in Präsenz einen „*Kleinen Parteitag*“ ab, auf dem sich 42 dafür und zwei dagegen aussprachen. Bevor aber die Verhandlungen beginnen, muss auch noch der Wahlsieger zustimmen. Reine Formsache, oder? Das wird aber erst am 31. Oktober erfolgen. Jetzt machen alle erst einmal Herbstferien und sammeln Kräfte. Dafür kann man Verständnis haben oder auch nicht, denn Berlin hat keine Zeit zu warten. Vermutlich wird in den nächsten zwei Wochen schon mal intern, jeder für sich, besprochen, wohin die Reise gehen soll.

Am Ende dieser Reise wird es einen Koalitionsvertrag geben. Wie der aussehen könnte, ist ja bereits dem Sondierungspapier „*Mehr gemeinsam – Mehr Berlin*“ zu entnehmen. Fehlt noch: „*Mehr geht nicht!*“ (Siehe Anhang). Es wird nicht ausreichen, dass über diesen Koalitionsvertrag ein „*Kleiner Parteitag*“ entscheidet, nicht einmal ein großer, sondern doch wohl eher die Mitglieder. Und bei der SPD? Die ersten melden sich schon zu Wort und fordern, zu Recht, ein Mitgliedervotum. Ein Landesparteitag wäre zu wenig Legitimation. Vielleicht irre ich mich, aber ein Mitgliedervotum würde keine Zustimmung bringen. Und dann? **Kai Wegner hält die Neujahrsansprache.**

Auf die Frage nach dem Personal eines künftigen Senats wird jeder antworten: „*Das wird am Ende entschieden!*“ Wäre ich Mitglied einer der Parteien und sollte für einen Koalitionsvertrag stimmen, dann wollte ich vorher wissen, mit wem ich es zu tun bekomme. Vor allem ist wichtig zu wissen, welche Partei welches Ressort übernimmt. Ein Linker Innen- oder Justizsenator ist schwer vorstellbar, wird sich aber die Linke in dieser Frage reinreden lassen?

Und wie werden die zehn Senatsmitglieder auf die Parteien verteilt? Die Regierende Bürgermeisterin ist gesetzt, bleiben neun Senatoren. Jede Partei drei? Wer rechnen kann und auf das Wahlergebnis schaut,

hält das nicht für plausibel. Linke 25,7 Prozent = 45 Sitze, Grüne 14,3 Prozent = 25 Sitze, SPD 12,1 Prozent = 21 Sitze. Das sieht doch eher nach 4-3-2 aus, oder? Aber, die Linke braucht die Grünen und die SPD. Und deshalb wird es 3-3-3 ausgehen.

Besonders spannend wird sein, wer bei der Linken ein Senatorenposten bekommt, und welches Ressort. Bauen? **Katrin Lompscher** hat 2019 18.999 neue Wohnungen gebaut, das waren so viel wie seit 22 Jahren nicht mehr. **Christian Gaebler** brachte es 2023 auf 15.362 und 2024 auf 11.027. *Amt für Statistik*

Die Grünen werden sich erneut auf das Verkehrsressort stürzen. Aber bitte nicht wieder mit **Bettina Jarasch**. Unbeliebte Ressorts, wie Innen, wird wohl bei der SPD landen. **Iris Spranger** hat einen guten Job gemacht. Doch ihr größter Unterstützer, **Raed Saleh**, ist nicht mehr maßgeblich. Und **Christian Gaebler**? Der Mann war immer dabei, ob als Staatssekretär oder Senator. **Cansel Kiziltepe** kann als gesetzt gelten.

**Ulrich Siegmund** kann sich freuen. Kaum noch jemand redet über die bevorstehende zweite Stufe (Wahl des Ministerpräsidenten) der Machtübernahme der AfD in Sachsen-Anhalt, ein Land, das wir Berliner vornehmlich als Transitstrecke kennen. Auf dem Weg nach Düsseldorf und Köln halten die Züge jetzt in Magdeburg. Bloß nicht aussteigen.

Der Meinungskampf konzentriert sich gegenwärtig auf die vermeintliche kommunistisch-antisemitische Regierungsübernahme im Roten Rathaus. Die faschistisch-rechtsextremistische Gefahr am Domplatz in Magdeburg rückt in die zweite Reihe. Bundeskanzler **Friedrich Merz**, der Probleme mit dem Vergleich eines halbvollen oder halbleeren Glases hat, sagte tatsächlich, „*Das ist nicht zulässig. Das geht nicht! Hört auf damit.*“ Doch, lieber Herr Bundeskanzler, es ist zulässig und geht. Das nennt man Demokratie. Die Wähler machen, was sie wollen.

Es bedarf keiner wissenschaftlichen Untersuchung, um festzustellen, warum Linke und AfD, die man weder in einen Topf werfen noch vergleichen darf, diesen Zulauf haben. Plus 13,5 Linke und 7,2 Prozent AfD in Berlin. CDU 9,5, SPD 6,3 und Grüne 4,1 Prozent Minus. Noch Fragen Hauser? Ja, Kienzle: Sachsen-Anhalt CDU Minus 19,9 – AfD Plus 23 Prozent. 28 Jahre lang hat die CDU in Sachsen-Anhalt regiert. Was ist geschehen?

**Friedrich Merz**, **Markus Söder** und viele andere, sogar **Nancy Faeser**, melden sich zu Wort und schimpfen, versäumen aber, eigene Fehler einzugehen. Der Slogan „*Wir müssen besser werden*“, reicht nicht aus. Werdet einfach besser.

**Ed Koch**